

Kantonsrat

## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Januar 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

### **A 212 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über die Auswirkungen der Juso-Steuerinitiative auf den Kanton Luzern / Finanzdepartement**

Gaudenz Zemp ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Heidi Scherer übernommen. Heidi Scherer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Heidi Scherer: Die Fragen wurden grundsätzlich zufriedenstellend beantwortet, aber nur teilweise. Das Ausmass der Verunsicherung, das die Zukunftsinitiative ausgelöst hat, macht der Schweiz wohl eher Zukunftsangst. Sowohl der Bundesrat als auch kürzlich die Wirtschaftskommission des Nationalrates sprachen sich gegen die Erbschaftssteuer-Initiative aus, ohne Gegenvorschlag. Ein guter Entscheid, der hoffentlich bald auch in der ständerätlichen Kommission klar bestätigt wird. Wir benötigen zeitnah einen Entscheid. Beim Lesen des Initiativtextes kommen echt Irritationen auf: Aufbau einer lebenswerten Zukunft, Umbau der Gesamtwirtschaft, diese Aussagen erscheinen mir schwierig. Ich möchte zu gewissen Antworten einige Ergänzungen machen: Bei der Antwort zu Frage 6 dürfte sich aufgrund des Inkrafttretens der Steuergesetzrevision per 1. Januar 2025 das Verhältnis derjenigen klar erhöhen, die ausschliesslich Personalsteuern zahlen. Dies wegen des degressiven Sozialabzugs. Bei Antwort zu Frage 7 ist zu ergänzen, dass wir uns mit Initiativen wie dieser, welche die Grundpfeiler des schweizerischen Wirtschaftssystems gefährdet, auf einem sehr alarmierenden Weg befinden. Ich würde sogar sagen, damit sagen sich die Initianten den Ast ab, auf dem sie selber oft recht bequem sitzen. Die schwierig nachvollziehbare Formulierung, dass der Rohertrag der Steuer zur sozialgerechten Bekämpfung der Klimakrise und dem Umbau der Gesamtwirtschaft führen muss, ist absolut bedrohlich. Es ist realitätsfremd, wenn die Initianten allen Ernstes denken, dass die Klimakrise durch die drastische Besteuerung der Superreichen bekämpft werden kann. Die politische Stabilität ist einer der wichtigsten Pfeiler, weshalb die Schweiz so attraktiv sowohl für Unternehmungen als auch für vermögende Personen ist. Mit solchen Initiativen ist die Stabilität gefährdet, das sehen und hören wir heute schon an gewissen Reaktionen der Wirtschaft und von Privatpersonen. Es ist auch noch zuzufügen, dass Nachlässe und Schenkungen selbstverständlich auch von dieser Zukunftssteuer betroffen wären, die in grossem Stil an gemeinnützige Institutionen und Organisationen, Stiftungen fliessen – und solche Beispiele haben wir im Kanton Luzern. Die FDP glaubt nicht, dass dies ernsthaft dem Willen der Initianten entspricht. Die Zeche dürfte dann wohl wieder einmal mehr der fleissige Mittelstand bezahlen. Wir sind auf dem Weg und haben uns verpflichtet, die Klimaziele 2050 zu erreichen. In der Initiative sind weder Lenkungseffekte noch Anreize vorhanden, sich

entsprechend zu verhalten, die Steuer würde so oder so anfallen. Das kann es ja auch nicht sein. Das Schlimmste am ganzen ist aber, dass grosse Unternehmungen im Familienbesitz – und auch davon haben wir ein paar im Kanton Luzern – auseinandergerissen, aufgesplittet oder mittels zusätzlicher Kreditbeschaffung zum Beispiel zum Gang an die Börse gezwungen und somit im Rahmen der Nachfolgeregelung regelrecht weit weg von jeglichem wirtschaftsfreiheitlichen Handeln bevormundet werden. Es gibt auch Stimmen, die hier von Enteignung sprechen. Das erstaunt nicht. Deshalb erstaunt es auch überhaupt nicht, dass die Gefahr von Abwanderungen im Raum steht. Aus obigen Ausführungen ist es offensichtlich, dass die Auswirkungen dieser extremen Initiative im Kanton Luzern spürbar scheinen. Wir danken dem Regierungsrat für die klare Antwort.

Gianluca Pardini: Ein Blick in die Anfrage des ehemaligen Kantonsrates Gaudenz Zemp und in die Antwort des Regierungsrates zeigt eigentlich ein alt bekanntes Muster: Das Schüren von Ängsten und Verunsicherung und die Abwanderung von Gutverdienenden – das ist bei Weitem nichts Neues. Es wird aber klar festgehalten, dass bisher keine Wegzüge aufgrund der Initiative bekannt sind, und das Risiko ist auch nicht erwiesen, ausser dass eine mediale Geschichte daraus wurde. Trotzdem bläst der Regierungsrat ins gleiche Horn, wie das gewisse Politikerinnen und Politiker immer wieder tun, um soziale oder klimafreundliche Reformen zu blockieren. Fakt ist, dass diese Volksinitiative demokratisch zustande gekommen ist und sie verdient es deshalb auch ernsthaft gewürdigt werden. Der Freibetrag einer nationalen Erbschaftssteuer von 50 Millionen Franken ist aussergewöhnlich hoch und sorgt dafür, dass nur ein minimalster Teil der Bevölkerung überhaupt davon betroffen wäre. Der Regierungsrat verschweigt auch, dass Länder mit einer vergleichbaren Steuer zeigen, wie tief diese Belastung tatsächlich wäre und wie gut sie deshalb auch mit einem funktionierenden Wirtschaftsstandort vereinbar ist. Ich glaube, wir müssen schon ernsthaft über die wachsende Ungleichheit bei der Vermögensverteilung sprechen. Immer grössere Vermögen konzentrieren sich auf immer weniger überreiche Menschen, während die Mehrheit der Bevölkerung von solchen Privilegien weit entfernt ist. Genau da setzt die nationale Erbschaftssteuer an, und sie ist in diesem Kontext auch eine der liberalsten aller Steuern. Weil sie eben nicht selber verdientes, sondern geerbtes Vermögen besteuert. Ein Vermögen, das schlicht auf Glück beruht und nicht wirklich auf Leistung. Statt Ängste zu schüren sollten wir doch den Mut haben, diese Ungerechtigkeiten anzusprechen, darüber zu diskutieren und für mehr Fairness einzutreten. Das ist das in keiner Weise eine Bedrohung für unseren Wirtschaftsstandort, sondern wenn dann wirklich eine Chance, um über eine gerechtere Zukunft mit gleichen Chancen zu diskutieren.

Helen Affentranger-Aregger: Die Initianten gehen davon aus, dass die Umsetzung dieser Initiative rund die Hälfte des benötigten Betrags für die Bewältigung der Klimakrise einbringen könnte. Ich sage, das Gegenteil wäre der Fall. Dem Staat würden beträchtliche Steuererträge fehlen, weil die betreffenden zahlungskräftigen Menschen schlicht und einfach nicht mehr in der Schweiz wären. Damit das eben nicht geschieht und wir unsere Klimaziele weiterhin auch mit Steuererträgen der sogenannten Superreichen finanzieren können, braucht es klare Statements gegen die Initiative. Wir sind froh, dass der Regierungsrat dazu eine klare, ablehnende Haltung einnimmt. Es ist wichtig, dass möglichst schnell Klarheit herrscht über die angedachten Ausführungsbestimmungen. Deshalb begrüsst die Mitte-Fraktion es auch, dass der Regierungsrat seiner ablehnenden Haltung nach dem Erscheinen der Botschaft des Bundesrates nochmals Nachdruck verleiht. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es allenfalls in irgendeiner Form eine Steuer für die Superreichen braucht. Es hat etwas, dass immer mehr Geld auf viel weniger Menschen verteilt ist. Aber das sind die Superreichen und die sind global unterwegs. Dieses Problem muss man global diskutieren, und wenn man es

lösen kann, dann nur global.

Thomas Alois Hodel: Die Regierung legt in der Antwort klar dar, wie gefährlich diese Initiative ist. Laut Antwort geht es um etwa 80 Millionen Franken. Wir müssen uns einfach fragen, ob wir diese 80 Millionen Franken wollen oder ob wir einfach das Risiko eingehen, dass ein substanzieller Teil davon weggeht. Es ist halt einfach so: Wer sehr viel Geld hat, der kann wählen, wo er wohnen will und ist nicht gezwungen, im Kanton Luzern zu wohnen. Er kann auch auswandern oder in einen anderen Kanton gehen. Mich stört zudem auch, dass die Initiative ein solch apokalyptisches Weltbild darstellt. Alles ist schlecht und muss auf den Kopf gestellt werden. Ich bin aber überzeugt, dass wenn wir jedem alles Geld wegnehmen würden und morgen jeder neu starten müsste, dann gäbe es morgen schon wieder jene, die Millionäre wären und jene, die halt nichts haben. Wir müssen uns jetzt einfach fragen, ob wir eine solch extreme Initiative wollen oder nicht – ich bin klar der Meinung nicht. Die Regierung sieht es ebenfalls so, darüber bin ich froh.

Sara Muff: Ich muss doch noch einmal auf den Punkt der Abwanderung eingehen. Es gibt internationale und nationale Untersuchungen, die belegen, dass vermögende Personen höchst selten aufgrund von Steuererhöhungen wegziehen. Da hätten wir zum Beispiel die Studie der «London School of Economics». Faktoren wie Lebensqualität, politische Stabilität, Sicherheit und der Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen wie zum Beispiel zu unserem Bildungs- oder Gesundheitssystem, spielen bei der Standortwahl eine viel eine grössere Rolle. In all diesen Punkten bieten wir aussergewöhnliche Vorteile. Im internationalen Vergleich sind die Steuern in der Schweiz relativ tief. Viele Länder erheben bereits deutlich höhere Vermögenssteuern, gerade auch skandinavische Staaten, ohne eine massive Abwanderung ihrer Spitzenverdiener zu erleben. Wohlhabende Personen bleiben, weil sie hier von der Wirtschaft und einem hohen Lebensstandard profitieren. Das wird durch die Initiative nicht gefährdet, im Gegenteil. Die Angst vor der Abwanderung dient lediglich dazu, Reformen zu blockieren und entbehrt der sachlichen Grundlage. Die Schweiz bleibt auch mit dieser Initiative ein äusserst attraktiver Standort.

Roman Bolliger: Die reichsten Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz, also 1 Prozent, verfügen knapp über so viel Vermögen wie alle anderen in der Schweiz zusammen. Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimaveränderung zu den grössten Herausforderungen der heutigen Zeit gehört. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, wenn die Reichsten mehr dazu beitragen, diese Herausforderung zu meistern. Wer mehr als 50 Millionen Franken erbt oder geschenkt erhält und in der Schweiz bleiben will, zahlt auf dem darüber liegenden Betrag die Hälfte davon für den Klimaschutz. Das ist gerecht, und ich kann mir gut vorstellen, dass viele, die so viel Geld erhalten, das ebenfalls gerecht finden. Aus der Antwort des Regierungsrates ergibt sich nicht, dass es anders wäre. Aus der Antwort des Regierungsrates geht auch nicht hervor, dass es bei Annahme der Initiative insgesamt weniger Steuereinnahmen geben würde. Weiter stellt der Regierungsrat nicht infrage, dass es gerecht ist, wenn bei so hohen Erbschaften oder Schenkungen über dem Freibetrag von 50 Millionen Franken die Hälfte für den Klimaschutz abgegeben wird. Die Gründe sind andere, die der Regierungsrat für eine Ablehnung der Initiative aufführt. Diese überzeugen nicht. Sie zielen an der eigentlichen Hauptfrage vorbei, was gerecht ist. Am wenigsten überzeugt das Argument, es würden Investitionen und Innovation gefährdet. Es blendet nämlich völlig aus, wie viel wir an Investitionen und Innovationen für den Klimaschutz erreichen könnten mit einer entsprechenden Steuer.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich nehme gerne zu einigen Themen Stellung, die hier im Rahmen der Diskussion aufgeworfen wurden. Ich glaube, mit der Antwort haben wir eine befriedigende

Lösung gefunden. Demokratisch legitim zustande gekommen und es wird eine ernsthafte Diskussion gewünscht, ja, das bestreitet auch niemand. Wir führen hier eine ernsthafte Diskussion, die ist auch notwendig, denn die Auswirkungen sind tatsächlich – ich sage einmal – von enormem Potenzial. Wir müssen uns bewusst sein, dass es für die betroffenen Personen um relativ sehr viel Geld geht und es ist falsch zu sagen, dass hier lediglich Angst geschürt wird. Ich kann Ihnen sagen, dass ich von zahlreichen Personen aus dem Kanton Luzern persönlich kontaktiert wurde, um eine Einschätzung zu erhalten. Die Antwort dieser Personen war immer relativ klar. Das politische Risiko, dass diese Initiative umgesetzt wird, wird tatsächlich als sehr klein erachtet, aber der finanzielle Schaden ist auch bei einem kleinen politischen Risiko so gross, dass man diese Gefahr nicht eingehen will. Ich weiss von mehreren Personen im Kanton Luzern, die Vorkehrungen getroffen haben, um falls nötig schnell reagieren zu können. Argumentiert wird auch mit dem Klima. Ich glaube, es geht nicht darum, dass man die Klimathematik nicht ernst nehmen will. Aber ich glaube, es ist auch eine etwas schwierige Erwartung, wenn man davon ausgeht, das Klima sei ein Thema, das uns alle betrifft, aber das bitte von einem verschwindend kleinen Prozentsatz massgeblich finanziert werden soll. Das ist in meinen Augen mit einer solidarischen Gesellschaft nicht vereinbar. Wir Finanzdirektorinnen und -direktoren, auch aus der Zentralschweiz – und das ist mir schon auch ein Anliegen – haben auch ein paar grundsätzliche Vorbehalte. Es geht um die Steuerhoheit der Kantone. Die wollen wir hochhalten und aufrechterhalten, die möchten wir auf keinen Fall antasten. Uns ist es natürlich auch ein Anliegen, dass keine Unternehmen und Arbeitsplätze gefährdet werden. Sie wissen, was passiert bei Personen, die einen Grossteil ihres Vermögens im Unternehmen haben. Es wird schwierig, wenn sie 50 Prozent davon abliefern müssen und sie sind zu Massnahmen gezwungen, die nicht im Interesse des Unternehmens sein können. Dann erlaube ich mir noch eine Aussage zur Studie der «London School of Economics» zum Vermögen: Ja, es ist vermutlich richtig, dass vermögende Personen nicht allein aufgrund der steuerlichen Belastung den Wohnort zwingend wechseln. Bei diesem doch relativ substanziellen Eingriff dürfte es aber anders sein, und wer davon nicht überzeugt ist, der soll sich doch bitte mit den Auswirkungen der Steuerpolitik in Norwegen vertraut machen. Ich glaube, die norwegische Regierung würde diesen Schritt nicht mehr machen, denn es ist sehr viel Geld, sehr viel Steuerertrag abgewandert. Das wollen wir nicht. Ich bin natürlich dankbar, wenn Sie uns bei der entsprechenden politischen Diskussion auch unterstützen.